

Pressemitteilung

Handeln statt Absichtserklärungen: Familienbetriebe Land und Forst fordern konkrete Maßnahmen für gleichwertige Lebensverhältnisse

Berlin, 07. November 2019. „Der ländliche Raum benötigt keine weiteren Programmsätze und Absichtserklärungen, sondern entschiedenes Handeln, um die Landflucht zu stoppen und der Heimat eine Perspektive zu geben. Unverzichtbar ist dabei, die Herstellung von analoger und digitaler Infrastruktur für Unternehmen. Und zwar jetzt“, so der Vorsitzende der Familienbetriebe Land und Forst, Max von Elverfeldt, beim Tag des Eigentums in Berlin.

Am 6. November haben 100 geladene Gäste darüber debattiert, was Heimat bedeutet und welche politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, um Städte mit dem Umland zu vernetzen und ländliche Räume als wertvolle Lebens- und Arbeitsorte zu gestalten. In seiner Keynote hat Stephan Mayer (CSU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesheimatministerium, die Vorstellungen der Bundesregierung erläutert. An der Podiumsdiskussion nahmen die Bundestagsabgeordneten Markus Tressel (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) und Dr. Dietlind Tiemand (CDU/CSU) teil. Ergänzt wurde die Runde durch Prof. Dr. Oliver Holtemöller vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle und Manuel Slupina vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

„Ich freue mich sehr, dass das Thema „Heimat schaffen“ ein so großes Publikum gefunden hat. Eines ist im Rahmen der Diskussionen mehr als deutlich geworden: Familienbetriebe sind das emotionale und wirtschaftliche Rückgrat auf dem Land. Deshalb müssen wir Eigentümer und Unternehmer vor Ort stärken, so dass der ländliche Raum aus diesen Kraftzentren heraus wieder florieren kann“, betont Elverfeldt. „Es liegt in unser aller Interesse, die wachsende Kluft zwischen Stadt und Land, aber auch zwischen einzelnen Regionen Deutschlands zu schließen. Ich hoffe daher sehr, dass sich Bund und Länder zügig auf die notwendigen Maßnahmen für den ländlichen Raum einigen können.“

Das Kabinett hatte die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ von Bund, Ländern und Kommunen im Juli 2018 eingesetzt. Mitte Juli 2019 hatte nur die Bundeseite ihre Ergebnisse präsentiert. Die Bundesregierung hatte angekündigt, im Herbst mit den Ländern und Kommunen über konkrete Maßnahmen basierend auf den Handlungsempfehlungen des Bundes zu sprechen.

Die Familienbetriebe Land und Forst vertreten die Interessen von Betrieben, hinter denen rund 50.000 Eigentümer, Familienmitglieder und Mitarbeiter stehen.

Pressekontakt:

Juliane Ahrens | Leiterin Kommunikation
Familienbetriebe Land und Forst e.V. | Claire-Waldoff-Str. 7 | 10117 Berlin |
Tel.: 030 -246 30 46 11 | ahrens@fablf.de | www.fablf.de